Beschluss

Das ist rechtswidrig!

Gremium:	Landesvorstand Jusos Thüringen
Beschlussdatum:	28.09.2024
Tagesordnungspunkt:	8 Antragsberatung

Antragstext

Das erste Plenum im neu gewählten Thüringer Landtag stellt einen Bruch in der Geschichte der Demokratie in Thüringen dar. Am Donnerstag wurde sie verspottet, verhöhnt und vorgeführt, und das vorsätzlich. Das Ziel des Alterspräsidenten der AfD und seiner Parteikolleg:innen ist nichts weniger als die stetige Demontage unserer Demokratie.

Es ist klar, dass die AfD jeden Machtgewinn dazu nutzen wird, die parlamentarische Demokratie und ihre Werte bis in die Unkenntlichkeit zu verkehren.

Wir verurteilen das Vorgehen des Alterspräsidenten der AfD, Jürgen Treutler. In der vierstündigen Sitzung beschnitt Treutler mehrmals die Rechte der Abgeordneten und das Selbstorganisationsrecht des Landtags. Sein demokratisch nicht legitimiertes Amt übte er wahllos, rechtsmissbräuchlich und als Marionette der AfD-Fraktion - und somit nicht seiner zeremoniellen Funktion entsprechend unparteiisch - aus.

Bereits in seiner Eröffnungsrede äußert er sich klar parteipolitisch, spricht von der „Verachtung des Volkes“ durch eine vermeintliche Elite und zitiert weiter den völkischen und antisemitischen Pädagogen Eduard Spranger, den er wohlwollend als „bedeutenderen deutschen Denker“ beschreibt.

Wir verurteilen diese antisemitischen und nationalistischen Entgleisungen. Diese Sprache ist einem gewählten Parlament unwürdig und zutiefst verachtenswert. Sie zeigt aber deutlich, wie sehr die AfD in Thüringen ihre extrem rechte Sprache salonfähig gemacht hat.

Diese Verspottung der parlamentarischen Demokratie, bereits in der ersten Sitzung des Landtags in dieser Wahlperiode, wirft dunkle Schatten für die nächsten Wochen und Monate voraus. Die AfD ist die Feindin der Demokratie und hat gestern deutlich gemacht, dass sie keine Gelegenheit verstreichen lassen wird, gegen unsere demokratischen Werte vorzugehen. Was bleibt, ist vor allem ein massiver politischer Schaden für Thüringen und ein enormer Vertrauensverlust.

Wir fordern alle demokratischen Fraktionen, insbesondere die SPD-Landtagsfraktion, dazu auf, sich der AfD entschlossen entgegenzustellen. Dafür braucht es eine stabile Regierungsmehrheit. Es kann nicht sein, dass die AfD über die nächsten fünf Jahre die Möglichkeit bekommt, das Vakuum zu füllen, welches ihr eine Minderheitsregierung lassen würde. Die AfD hat bewiesen, dass sie jede Möglichkeit nutzt, das Parlament zu destabilisieren und dabei keine Skrupel hat, Verfassungsbruch zu begehen.